

Zum Finanzmarkt und zur Regierungsratswahl

Wir wurden während des letzten Jahrzehnts durch die bürgerlichen Parteien stets gedrängt unser Leben neoliberal umzugestalten, der Globalisierung, der grenzenlosen Freien Marktwirtschaft und den Finanzmärkten zu trauen und dem Staat zu misstrauen. Nun müssen wir jedoch einsehen, dass unsere diesbezüglichen Lebensentscheidungen auf einem rein spekulativen und nur einseitigen Gewinnstrebenden System beruhte. Wir wurden in all den Jahren von diesen neoliberalen Parteien mit Zahlen, unbegründeter Angstmacherei und unbelegten Behauptungen verführt, fast alles zu privatisieren:

Gesundheitsfürsorge, die Post, die SBB, Wasser, Strom, Telefon und der öffentliche Verkehr etc. Gleichzeitig wurden alle Steuern für die Reichsten und Reichen gesenkt oder fast abgeschafft. Angesichts solcher der Gerechtigkeit widerstrebenden Rabatte und Vergünstigungen erstaunt es nicht, dass die öffentliche Hand über fast keine oder zu wenig Mittel verfügt und sich verschulden und/oder Leistungsabbau in Kauf nehmen muss. So erstaunt es auch nicht, dass gerade wir „gewöhnlichen“ Buezerinnen und Buezer aber auch zunehmend die kleinen und mittleren Unternehmungen ständig frustriert werden. All jene neoliberalen Fantasten die wie Heuschrecken über uns hergefallen sind und keine Gelegenheit ausliessen unseren Staat und unsere sozialen Strukturen zu verhöhnen oder gar zu verspotten, schreien nun plötzlich lauthals um staatliche Hilfe. Und wieder gelten, die Gewinne privat, die Kosten dem Staat. Noch kurz vor seinen Herzproblemen hat Bundesrat Merz (FDP) verkündet, dass es nun endlich an der Zeit sei um Rabatte und Steuererleichterungen an eben diese Spekulanten, Superreichen und modernen Raubrittern zu sprechen. Es nützt uns jedoch heute wenig, wenn ich darauf verweise, dass ich schon immer vor diesen Gefahren gewarnt habe. Nun ist (nachträgliches) handeln angesagt damit das ganze überhitzte und wegen mangelnder Einsicht und Kontrolle aus dem Ruder gelaufene Finanzsystem nicht ganz kollabiert und wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Auch für uns als „einfache“ Angestellte und Lohnbezügerinnen und Lohnbezüger, aber auch für unsere KMU's droht die Gefahr mit in den Abgrund gerissen zu werden. Wir müssen, auch wenn mich dabei eine unbeschreibliche Wut gegenüber diesen Unverantwortlichen, morallosen Zockern und neoliberalen Heilspredigern befällt, hier staatlich eingreifen. Dies jedoch nur unter klaren Bedingungen. Die Vorschriften bezüglich Eigenmittel müssen verschärft und die Aktivitäten in unsicheres Investment – Banking beschränkt werden. Der eidgenössischen Bankenkommission muss eine uneingeschränkte Einsichtnahme und dem Bund eine Kontroll- und Mitbestimmung zufallen. Die auszuschüttenden Boni müssen gesetzlich geregelt und auf ein vernünftiges Niveau abgesenkt werden. Weiter müssen die Manager und Bosse in die Verantwortung genommen und auch diesbezügliche Haftungsfragen geklärt werden.

Dass im Kanton Aargau der Regierungsrat und mit ihm die bürgerlichen Parteien, trotz der implodierenden Finanzmarktlage, immer noch an einer

Teilprivatisierung unserer Kantonalbank festhalten wollen, stimmt nicht nur nachdenklich sondern zeugt meiner Meinung nach schon von Blindheit. Ich empfinde dies schon fast als Schlag ins Gesicht dieser ewig Gestrigen. Diesen weiterhin Verfechtern und Verteidigern des gescheiterten Finanzmechanismus können wir nun jedoch mit der Wahl von Nationalrat, Urs Hofmann in den Regierungsrat entgegentreten. Nicht nur als Bankrat unserer Kantonalbank wird er diesem Ansinnen entschieden entgegentreten. Er wird sich auch einsetzen für mehr Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich für alle. Urs Hofmann wird auch Sorge tragen zu allen unseren bewährten Institutionen und sozialen Errungenschaften. Deshalb empfehle ich ihnen Urs Hofmann in den Regierungsrat zu wählen damit wir wieder an eine Zukunft glauben können.

Roland Agustoni,
Grossrat
Magden
(fricktal@roland-agustoni.ch)